

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 03/53. Jahrgang

März 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Stoppt den Krieg! Waffenstillstand jetzt!

Am Krieg in der Ukraine leiden die Menschen auf allen Seiten. Es profitieren Rüstungskonzerne, Banken und andere Großunternehmen.

Am 27.02. beschloss der Bundestag, 100 Milliarden Euro mehr für Rüstung auszugeben, dazu eine Festlegung auf das NATO-2%-Ziel. Das sind Gelder, die an anderen Stellen in Deutschland dringend gebraucht werden: Bildung, Krankenhäuser, Wohnungen uvm.



Wir teilen die Bestürzung und die Überraschung über die weitere Eskalation des Krieges. Aber alle, die heute aus Solidarität mit der Ukraine demonstrieren, müssen

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Stadtparlament

Martina Lennartz (DKP) wurde nach ihrem Redebeitrag im Stadtparlament am 17.02. zu einer Resolution "Verwahrlosung der Debattenkultur und des historischen Bewusstseins" vorgeworfen.

Offensichtlich wurden politische Inhalte dieser Rede bewusst oder aus mangelnder Kenntnis missverstanden. Ein aufrichtiges Bemühen gegen die Querdenker / Corona-Leugner-Bewegung muss die Analyse der Ursachen für deren Entstehung beinhalten.

Die Resolution, Martinas Rede, die Reaktionen in den Tageszeitungen sowie die Pressemitteilung der DKP finden sich auf www.giessen.dkp.de

Haushaltsenergie darf kein Spekulationsobjekt sein

„Wir sind bereit, für die wirtschaftlichen Folgen harter Sanktionen einen hohen Preis zu bezahlen“ verkündete Außenministerin Baerbock nach ihrem Antrittsbesuch in Kiew und Moskau. Der hohe Preis – vor allem für Öl und Erdgas – betrifft aber kaum die gut bezahlte Riege der Berufspolitiker, sondern die Normalverdiener und die finanziell noch schlechter Gestellten. Das aufgrund langjähriger Verträge aus Russland gelieferte Gas kostet z. Zt. nur ein Viertel des Weltmarkt-

preises. Wie sähen unsere Strom- und Gasrechnungen ohne diesen Preisvorteil aus?

Die Energiepreise gehen weltweit in die Höhe, mit den Erzeugerkosten hat das nichts zu tun. In Norwegen wird Strom fast nur mit Wasserkraft erzeugt, in Frankreich zu 70% mit Kernenergie – trotzdem haben sich auch dort die Preise verdoppelt. Grund ist, dass fast überall der Markt liberalisiert wurde. Bei einer Ware wie Energie, auf die kaum

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Ostermarsch in GI und FFM	S. 3
Stoppt Mietenwahnsinn / Mieter:innen organisiert euch!	S. 4
Gegen Preisexplosion / Corona schon vorbei?	S. 5
Leiharbeit in der Pflege / Betriebsräte und Rätegedanken	S. 6
Ella entlastet / Erinnerung an Ermordeten von Hanau / Kein LED für Sportplätze	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kreuzwörtertsel	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Stoppt den Krieg! Waffenstillstand jetzt!

sich überlegen, welche Forderungen sie damit konkret unterstützen. Gruppen, wie zum Beispiel der Jungen Union, ging es nie um ein Ende des Krieges, sondern um Aufrüstung, Mobilmachung der Bevölkerung und vielleicht auch wieder um eine Wehrpflicht.

Wer Frieden will, darf jetzt nicht an Seite der Bundesregierung mit Waffenlieferungen und Sanktionen weiter anheizen, sondern das tun, was die Bundesrepublik schon vor acht Jahren, als dieser Konflikt begann, hätte tun müssen: Sich um eine diplomatische Lösung bemühen, deeskalieren, verhandeln. Dabei muss auch bedacht werden, dass der Maidan-Putsch maßgeblich dazu geführt hat, wo die Ukraine heute steht. Ohne den damaligen systematischen Staatsterror gegen Linke und Russen hätten sich Donbass und Lugansk niemals unabhängig erklärt. Ohne das Scheitern von Minsk 2, woran die BRD mit schuld ist, hätte ein diplomatischer Weg gefunden werden können.



Auf den Aufruf von DKP und SDAJ gegen den Krieg in der Ukraine waren am 26.02. über 200 Demonstranten nach Frankfurt gekommen.

Menschen umbringt. Der Friedensnobelpreisträger Obama hat in seiner Amtszeit 26.000 Bomben in einem Jahr auf Millionen Unschuldige werfen lassen. Wo war der Protest unserer Regierung? Diese Doppelmoral ist unerträglich.

Dabei steht außer Frage, dass auch Russland ein kapitalistisches Land ist. Der Einmarsch des russischen Militärs in die Ukraine ist gefährlich und muss umgehend durch Verhandlungen beendet werden. Er geht weit über den legitimen Schutz der Volksrepubliken auf deren Bitte hinaus. Der Einmarsch provoziert eine militärische Reaktion der NATO und erhöht damit die Kriegsgefahr weiter. Wir müssen aber anerkennen, dass die Ursache für diesen Krieg die fortlaufende Aggression der NATO gegenüber Russland ist.

den Konflikt anheizen, sondern zu Streiks in den Rüstungsbetrieben aufrufen, statt gemeinsam mit der Rüstungslobby auf weitere Eskalation der Lage hinzuwirken.

Wir fordern:

- **Sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine!**
- **Keine Verschärfung der Lage durch Waffenlieferungen!**
- **Sofortiger Stopp der NATO-Erweiterung!**
- **Stopp der Sanktionen, die nur dazu dienen, die Interessen der Herrschenden in den USA und der EU zu erfüllen und keinem Menschen, weder in der Ukraine, noch in Russland, noch sonstwo helfen!**
- **Frieden in der Ukraine kann es nur durch Verhandlungen geben, welche die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigen!**

DKP Gießen

Wer vom Krieg profitiert

Die Bundesregierung will massiv in die Bundeswehr investieren - und die Aktienkurse deutscher Rüstungskonzerne steigen rasant:



Quelle: Monitor; Steigerungen im Zeitraum vom 25.02. bis 01.03.2022 (4 Tage!)

Stattdessen heuchelt unsere Regierung jetzt Betroffenheit, während sie Maßnahmen beschließt, die das Leid der Menschen in der Ukraine und der russischen Bevölkerung nur verschärfen wird.

Genauso verlogen ist es, dass geschwiegen wird, wenn an der EU-Außengrenze täglich Flüchtlinge ermordet werden oder ein deutsches Waffensystem in Asien oder Afrika

Reinhard Lauterbach, Redakteur der Tageszeitung „Junge Welt“, sagte zum Thema Ost-Ukraine, dass die Friedensbewegung nicht zum "Friedenschor der NATO" werden dürfe, was sie jedoch mit einer unbedachten Konzentration ihrer Kritik auf Russland praktiziert.

Gewerkschaften sollten keine Sanktionen unterstützen, die

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht

Fortsetzung von Seite 1

Haushaltsenergie darf kein Spekulationsobjekt sein

verzichtet werden kann, können schon kleine Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage zu großen Preissprüngen führen – den Profit stecken Spekulanten an den Energiebörsen ein.

In vielen Ländern haben die Regierungen schnell auf die Preissteigerungen reagiert. Sie versuchen zumindest, die Preise durch Höchstgrenzen zu beeinflussen, und helfen dem ärmeren Teil der Bevölkerung mit Hilfszahlungen. Die deutschen Politiker können sich anscheinend nicht vorstellen, wie es für einen Menschen ohne finanzielle Reserven ist, wenn er eine unerwartet hohe Rechnung nicht bezahlen kann. Die Leute brauchen das Geld jetzt, nicht in einigen Monaten oder im nächsten Jahr. Von der viel

zu niedrigen Sonderzahlung für Wohngeldempfänger haben nur wenige etwas, der geplante Wegfall der EEG-Umlage wirkt erst bei der Stromrechnung 2023. **Unbürokratische Zuschüsse jetzt** und ein **sofortiges Verbot von Strom- und Gassperren** sind notwendig. Die Strom- und Gasversorger müssen verpflichtet werden, den Bedarf ihrer Kunden durch langfristige Lieferverträge zu festen Preisen zu sichern. Haushaltsenergie darf nicht länger ein Spekulationsobjekt an Börsen sein. Langfristig muss die Energieversorgung wieder vergesellschaftet werden. Die sich ausbreitende Energiearmut zeigt, dass der Kapitalismus mit seinem freien Markt versagt hat - also weg damit!

Gernot Linhart

Gießener Echo

Bitte die Abgebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen, **E-Mail:** giessen@dkp.de **Im Internet:** www.giessen.dkp.de

Ostermarsch 2022 in Gießen und Frankfurt

Die Welt braucht eine neue Entspannungspolitik und internationale Kooperation!

Es herrscht wieder Krieg in Europa. Die politische und militärische Lage an der ukrainisch-russischen Grenze ist brandgefährlich. Kriege und militärische Auseinandersetzungen nehmen weltweit zu. Daneben stehen wir vor weiteren großen globalen Herausforderungen: Pandemien, Klimakrise, Hungersnöte, wachsende soziale Spaltung, Vermüllung von Land und Meeren, Artensterben. Viele Landstriche bieten keine Lebensperspektive mehr, sodass Millionen Menschen zur Flucht gezwungen sind.



Wir fordern von der neuen Regierungskoalition ein Umsteuern in der Außen- und Militärpolitik. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen

– gerade nach den Erfahrungen des verheerenden Afghanistan-Krieges – beendet und durch eine neue internationale Friedens- und Sicherheitsarchitektur ersetzt werden. Die Bundesregierung muss der Vertragsstaatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages beitreten. Atomwaffen, die in Deutschland einsatzbereit lagern und sogar treffsicherer gemacht werden sollen, müssen abgezogen werden.

Im Bundestag wurden 100 Milliarden für die Rüstung be-

stimmt und die 2-Prozent-Forderung der NATO sowie eine weitere EU-Militarisierung realisiert. Die Gelder für diese weiter forcierte Hochrüstung fehlen im Bereich der Sozialpolitik, der Bildung, der Gesundheit, der Ökologie und in allen weiteren Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der deutsche Beitrag zu einer glaubhaften Krisenbewältigung erfordert

- **keine europäischen Rüstungsprojekte und kein Ausbau einer europäischen Armee,**
- **Verbot jeglicher Rüstungsexporte,**
- **keine Entwicklung und Anschaffung bewaffneter Drohnen,**
- **Stopp aller militärischen Auslandseinsätze,**
- **Beendigung der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland.**

Friedenskooperative Frankfurt

Wir werden am **Oster-samstag, 16.04. ab 10:30 Uhr** am **Hiroshimaplatz in Gießen** präsent sein und am **Ostermontag, 18.04. zusammen in Frankfurt** für Frieden demonstrieren.

Friedensnetzwerk Gießen



Stoppt den Mietenwahnsinn

Seit Jahrzehnten steigen die Mieten stärker als die Einkommen, ein Studentenzimmer kostet heute mehr als eine ganze Wohnung vor 30 Jahren. Staatliche Maßnahmen zur Begrenzung der Mieten setzen dem stetigen Anstieg kein Ende. Die einzig wirksame Maßnahme, ein Mietendeckel, wie er in Berlin versucht wurde, scheiterte am Verfassungsgericht. Bei Mietfragen zeigt sich immer wieder der Klassencharakter der Justiz - in der Regel wird im Interesse der Immobilienbesitzer geurteilt.

In Berlin stimmten bei einem Volksentscheid fast 60% der Wähler für eine Enteignung großer Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen. Leider wählten sie zum gleichen Termin mit großer Mehrheit die Parteien, die Enteignungen ablehnen. Ein häufiges Argument der Verteidiger der Konzerne ist die Behauptung, durch Enteignungen würden keine neuen Wohnungen geschaffen, sondern Investoren abgeschreckt. Eine Vergesellschaftung würde aber zigtausenden Mietern die Angst vor der Willkür der Besitzer nehmen. Von ihren Presseabteilungen lassen die Miethaie verlauten, sie seien gar nicht so schlimm, die Mietsteigerungen seien maßvoll. Auf Aktionärsversammlungen reden sie

anders, dort prahlen sie mit ihren Profiten und der Kurssteigerung ihrer Aktien. Dort kündigen sie an, alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Gewinnsteigerung zu nutzen - und davon gibt es jede Menge. Üblich sind sogenannte Modernisierungen, deren Kosten im Gegensatz zur Instandhaltung voll auf die Mieter umgelegt werden können - auch wenn sich dadurch die Miete verdoppelt. Rechtlich ist es möglich, die Miete innerhalb von drei Jahren um 15% zu erhöhen. Jeder weiß, dass die Einkommen wesentlich

langsamer wachsen.

Ein Mietspiegel, wie er demnächst auch in Gießen kommen soll, ist keine wirkliche Hilfe. Die geforderte Miete darf etwas höher sein als die im Mietspiegel errechnete. Dieser höhere Betrag geht dann in die nächste Neuberechnung ein - es geht also immer bergauf. Viele Mietshäuser wechseln alle paar Jahre den Eigentümer, Immobilien sind zu einem beliebten Anlage- und Spekulationsobjekt geworden. Die bei den Verkäufen erzielten Gewinne müssen von den Mietern aufgebracht werden. Ehemals gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften verkaufen ihre Bestände an profitorientierte Unternehmen - Leidtragende sind die Mieter. In Gießen z. B. verkaufte vor einigen Jahren der Darmstädter Bauverein seine Wohnblocks an eine Gesellschaft mit dem Namen „Die deutsche Zinshaus-Gruppe“ - da ist klar, um was es den neuen Eigentümern geht.

Dem Mietenwahnsinn kann nur ein Ende bereitet werden, wenn Wohnungsbau wieder vor allem die Sache von Bund, Ländern, Kommunen und gemeinnützigen Genossenschaften wird. Ohne gemeinsamen Kampf wird das nicht geschehen.

Gernot Linhart



Mieter:innen organisiert euch!

Wer die steigenden Mieten mit den Tarifabschlüssen vergleicht, kann leicht auf die Frage kommen: Reicht der Kampf um Lohnsteigerung bei diesen Mieterhöhungen noch aus?

Die linke Bewegung versucht sich mit unterschiedlichen Strategien dem Problem der Miete anzunehmen. Früher noch ein Mittel der gegenseitigen Hilfe, kommen die Hausbesetzungen der heutigen Zeit über einen radikalen Appell an die Politik und die Schaffung von Öffentlichkeit nicht hinaus. Mit einer ähnlichen Kurzsichtigkeit beschäftigen sich unterschiedliche bürgerliche Kampagnen mit dem Thema, z. B. der „Mietenstopp“. Dabei sollen die Angebotsmieten für sechs Jahre eingefroren werden. Unabhängig davon, was danach

passiert, schürt dieses Herangehen Illusionen über den Kapitalismus. Forderungen nach einer Immobilienmarktregulierung sind richtig, dürfen aber nicht verschleiern: Die grundsätzlich entgegengesetzten Interessen von Mieter:innen und Immobilienbesitzenden können niemals aufgehoben werden.

Dieses Widerspruchs scheint sich die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Berlin bewusst zu sein, dennoch fordert sie kein Aus für die kapitalistische Vermarktung generell, sondern versucht über die Enteignung der größten Immobilienunternehmen Berlins der akuten Lage Herr zu werden. In ihrer Methode ist sie anderen Ansätzen insoweit voraus, dass sie auf eine Massenbewegung als

Triebkraft setzt. Dafür organisiert sie aktive Mieter:innen in Kiezteams und ist eng verflochten mit etablierten Mieter:innen-Initiativen. Solche Initiativen werden in vielen Städten bewusst von politischen Aktivist:innen angestoßen. Dabei besteht die Gefahr, von Prinzipien der gegenseitigen Hilfe abzukommen und in die Dienstleistungsfalle zu tappen.

Dennoch ist die langfristige Mieter:innen-Organisierung ein zielführender Weg, weil sie zu Kollektivität und Selbstermächtigung führt. Nur so können konkrete Verbesserungen erkämpft und gleichzeitig die Grundlage für größere Veränderungen geschaffen werden.

Marlin Jacobsen

Banner-Aktion gegen die Preisexplosion

Die Preise steigen so stark an wie seit fast 30 Jahren nicht mehr: Erdgas ist um 51% teurer geworden, Gemüse um 5,9% und Kraftstoffe etwa 30% teurer als noch vor einem Jahr. Diese Preisexplosionen dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeiter:innenklasse ausgetragen werden, denn die Löhne können diese Teuerungen nicht ausgleichen. Im Gegenteil: Für viele bedeutet dies, dass die Realeinkommen sinken!

Auf diese Entwicklung wurde auch in Gießen von der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Gießen (ARAG) anlässlich einer Aktionswoche des bundesweiten „Nicht auf unserem Rücken“-Bündnisses aufmerksam



gemacht. An der Brüstung des Elefantenklos in Gießen konnte man auf einem Banner lesen: „**Rationale Planung der Wirtschaft statt kapitalistisches Preischaos**“.

Die Teuerungskrise zeigt uns erneut, dass nur eine Planwirtschaft Preisexplosionen, wie wir sie gerade erfahren, verhindern kann!

Preisexplosionen – nicht auf unserem Rücken! Wir kämpfen mit Kraft und Leidenschaft für eine Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Profitlogik.

Clara Roth

Mehr über das bundesweite antikapitalistische Anti-Krisen Bündnis „Nicht auf unserem Rücken“ unter www.nichtaufunseremruecken.noblogs.org



Corona: Schon vorbei oder nie vorbei?

Die nicht so schlimme Omikron-Welle scheint gebrochen, der Frühling naht. Daraus nährt sich die Vorstellung, mit der Pandemie gehe es zu Ende. Auf der anderen Seite haben sich Fatalisten in ihr „Schicksal“ ergeben, dass Corona stets mit Überraschungen aufwartet und wir die nächste Welle von Leid, Tod und leidigen Maßnahmen bekommen werden.

Schicksal gibt es nur im Märchen, in der Realität vermitteln uns die Wissenschaften eine Vorstellung davon, wovon abhängt, was wir zu erwarten haben. Das Virus ist dabei mehr oder weniger eine Konstante. Es ist – unabhängig vom griechischen Buchstaben – nicht gefährlich genug, um in Panik zu verfallen, aber zu ernst, um es gewähren zu lassen. Es ist zu ansteckend, um es dauerhaft einzudämmen, und durch Impfungen lässt sich die Verbreitung nur verzögern. Diese bieten jedoch einigen Schutz vor schweren Verläufen und da geimpfte Erkrankte weniger Virus abgeben, profitieren diejenigen, die dennoch von ihnen angesteckt werden durch mildere Folgen.

Bekannt ist auch der Endpunkt: Nach wiederholter Ansteckung wird eine so gute Bevölkerungsimmunität

existieren, dass „Corona“ keine besondere Diagnose unter all den Erkältungskrankheiten mehr sein wird. Da sind wir aber noch nicht.

Ob wir auf dem Weg dorthin noch mehrere Zehntausende unnötiger Opfer zu beklagen haben werden und wie viele mit Spätfolgen zu kämpfen haben werden, hängt davon ab, wie weit wir die Impfquote steigern. Wie viel Zeit wir dafür gewinnen, bestimmt die Konsequenz, mit der wir Maßnahmen umsetzen, die die Virenverbreitung verzögern. Von der Kombination daraus hängt ab, ob wir dem nächsten Herbst – in Deutschland – entspannt entgegensehen können.

Es hätte mehr zu sagen gegeben, über Coronapolitik, über Corona in der Welt und darüber, was das

alles mit dem Kapitalismus zu tun hat, auf den wir als Kommunisten zu schimpfen pflegen. Bis hierher hoffe ich wenigstens zu einem Punkt, der uns aktuell beschäftigen sollte, verständliche Orientierung gegeben zu haben. Bleiben Sie dran.

M.H.



50 Jahre UZ

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen – Woche für Woche.

6 Wochen kostenlos testen!
Digital & Print

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928

Augenklinik: Unzumutbare Wartezeiten

Eine Frau, 82 Jahre alt, musste zu einer Untersuchung ins Uniklinikum. Den Termin hatte sie um 8:30 Uhr. Nach mehr als einer Stunde Wartezeit wurden ihre Augen untersucht, anschließend sollte sie zur Besprechung des Ergebnisses auf eine Oberärztin warten – und das dauerte! Gegen 14 Uhr war es soweit, kurz danach konnte sie nach etwa 6 Stunden die Klinik verlassen. Zum Glück hatte sie sich etwas zu trinken mitgebracht. 6 Stunden auf unbequemen Stühlen wegen einer Stunde Untersuchung

und Arztgespräch – das ginge besser. Eine patientenorientierte statt profitorientierte Medizin wäre gesünder für alle.

Gernot Linhart



Betriebsräte, den alten Rätegedanken nicht vergessen!

Zwischen März und Mai 2022 wird in ca. 28.000 Betrieben in Deutschland ein Betriebsrat gewählt.

Dieses Recht geht auf vergangene harte Auseinandersetzungen zurück. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich Ausschüsse von Arbeiter:innen, Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zu größeren Auseinandersetzungen um die Frage der Mitbestimmung. Den Höhepunkt fanden diese Konflikte während der Novemberrevolution 1918, es wurde die Eigentumsfrage gestellt und Betriebsräte übernahmen vielerorts die Kontrolle über die Produktion. Die Rätebewegung kämpfte für ein Ende der Ausbeutung in einer sozialistischen Republik. Um diese Konflikte zu beenden, machten die herrschenden Sozialdemokraten und Reaktionäre einige Zugeständnisse und schlugen gleichzeitig die Spitze der Bewegung blutig nieder.

1920 wurde als ein Zugeständnis das Betriebsrätegesetz verabschiedet. 1926 stellte eine Untersuchung fest, dass von dem ursprünglichen Rätegedanken wenig übriggeblieben war. 1934 wurden von den Faschist:innen die Über-

reste komplett vernichtet und den "Betriebsführern" die absolute Kontrolle übergeben.

Ab 1945 vollzogen kämpferische Gewerkschafter:innen in einigen Betrieben eine Entnazifizierung und Demilitarisierung, so entstand ein neuer Rätegedanke. Aber auch dieser wurde schnell erstickt, ihre führenden Köpfe entlassen und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, Faschist:innen kehrten zurück, und die Kriegsproduktion wurde angekurbelt.

Das Betriebsverfassungsgesetz regelt seit 1952 die Rechte und Pflichten von Betriebsräten, die Mitbestimmung klammert jedoch wirtschaftliche Belange aus und allem voran ist die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" gestellt. In diesem Gedanken arbeiten die meisten Betriebsräte als Co-Manager des Kapitals.

Aber in einigen Betrieben gibt es kämpferische Kolleg:innen, die den alten Rätegedanken nicht vergessen haben. Diese werden oft mit üblen Methoden bekämpft. Mit ihnen sollten wir uns solidarisch zeigen und wieder die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung setzen. Tobi Salin

Immer mehr Leiharbeit in der Pflege

Leiharbeit hat mit Recht einen schlechten Ruf. Sie wird meist schlecht bezahlt, ist unsicher und die Betroffenen haben Nachteile gegenüber den fest Angestellten. Anders sieht es in der Pflege aus. In Kliniken und Krankenhäusern verdienen Leiharbeiter und -arbeiterinnen mehr als die regulären Angestellten und sie haben mehr Einfluss auf ihre Dienstzeiten. Deswegen kündigen immer mehr Pflegekräfte ihre Verträge und gehen zu Leiharbeitsfirmen.

Für die verbliebenen Angestellten wird ihre ohnehin schon schwere Arbeit noch schlechter. Bei der Verteilung der Dienste bekommen sie oft die unbeliebten Schichten und sie müssen oft mit Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten, die neu im Haus sind und sich noch nicht auskennen. Vor allem in Pflege- und Altersheimen ist das auch für die Bewohner ungünstig, sie haben häufig mit neuem Personal zu tun und weniger feste Bezugspersonen.

Schuld an der Misere sind die Betreiber von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Ihre Sparmaßnahmen, meist mit dem Ziel der Gewinnsteigerung, machen für das Personal die Arbeit so schwer und so wenig befriedigend, dass die Menschen in die Leiharbeit fliehen. Nur bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und mehr Wertschätzung können wieder zu motivierten Stammebelegschaften führen.

Gernot Linhart



Polizeizeugen räumen Lügen ein – "Ella" wird entlastet!

Am 26.11.2020 wurde eine bis heute namentlich unbekannt Person im Dannenröder Forst verhaftet und unter schweren Vorwürfen inhaftiert. Sie sitzt bis heute in der JVA Preungesheim in Frankfurt. Mehrere SEK-Beamte warfen ihr vor, sich in 15 Meter Höhe gewehrt zu haben, wodurch ein tödlicher Absturz drohte. Schon vor dem Amtsgericht Alsfeld zweifelten viele diese Version an, doch Staatsanwaltschaft und Gericht hielten daran fest, ohne vorliegende Gegenbeweise zu beachten.

Am 01.10.2021 veröffentlichten Unterstützer*innen den Film „Ella“, in dem die Falschaussagen der SEK-Beamten minutiös widerlegt wurden (alle Infos auf ella.siehe.website). Leider hatte die Verteidigung nicht den Mut, damit die Entlassung von "Ella" aus der Haft zu beantragen. Umso mehr Wirkung hatte der Film auf die Polizei selbst, wie sich am fünften Prozesstag der aktuell lau-

fenden Berufung vor dem Landgericht Gießen zeigte. Unter dem Druck des Films, dessen Inhalte den Zeugen vom Gericht immer wieder vorgehalten wurden, korrigierten die Beamten ihre Aussagen hinsichtlich fast aller zentralen Vorwürfe. Damit war auch aus ihrem Munde klar, was alle Welt schon wusste, aber in der ersten Instanz von Zeugen, Staatsanwältin und Richter absichtlich anders dargestellt wurden



war: Alle waren stets gesichert und konnten nicht abstürzen. Angesichts dessen, dass das jetzt klar ist, nimmt der Prozess Kurs auf ein schnelles Ende. Wahrscheinlich wird am 1. März das Urteil gesprochen und "Ella" freikommen. Genau da bleibt der große Wermutstropfen: "Ella" sitzt dann knapp 15 Monate im Gefängnis – aufgrund der Lügen der Polizei und ihrer Kompliz*innen in der politischen Justiz, sowie einer zu zaghaften Verteidigung, die

die Freilassung nicht durchsetzen wollte, als der Film erschien. Ob jemals ein Prozess wegen Falschaussagen und Rechtsbeugung eingeleitet wird, dürfte fraglich sein. Eine Krähe hackt bekanntlich der anderen kein Auge aus.

Jörg Bergstedt



Keine LED für Sportplätze

Im Wahlprogramm der Gießener Linken für die Kommunalwahl 2021 wurde gefordert, die Gießener Flutlicht-Sportplätze mit LED-Beleuchtung auszustatten. Das dafür verwendete Geld amortisiert sich in wenigen Jahren, da diese Lampen wenig Strom verbrauchen, lange halten und wartungsarm sind. In dem Koalitionsvertrag von Grünen, SPD und Gießener Linke wurde dieser Punkt nicht aufgenommen, obwohl er auch den Zielen der anderen Parteien entspricht.

Wahrscheinlich sollten möglichst wenige Punkte aus dem Linken-Programm zum Zuge kommen. In einem der ersten Anträge der CDU im neuen Stadtparlament griff sie diesen Punkt auf und forderte LED-Beleuchtung für Sportplätze. Der Antrag wurde abgelehnt. Inzwischen hat die Koalition beschlossen, die Straßenlaternen auf LED umzurüsten. Auf die Frage, warum das nicht auch für Sportplätze gelten soll, kam die Antwort: "Weil das ein CDU-Antrag war". Wenn das so weitergeht, hat die Opposition in den nächsten Jahren viele Möglichkeiten, die Koalition vorzuführen und zu zeigen, dass Koalitionsdisziplin vor Vernunft geht.

G.L.

700 erinnerten an die Ermordeten von Hanau



700 Menschen erinnerten am 19.02. mit einer eindrucksvollen Kundgebung und Demonstration an die Morde in Hanau vor zwei Jahren. Die Veranstaltung wurde geprägt von den Bildern und Namen der ermordeten Hanauer: Ferhart

Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovic, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vill Voivei Päum, Fatih Savocoglu. Die Redner aus Politik und Zivilgesellschaft betonten, wie wichtig Erinnern und Solidarität sind. Nicht gesagt wurde, dass die Worte und Taten mancher Politiker und die unmenschlichen Zustände an der Außengrenzen der EU potenzielle Täter ermuntern und in dem Wahn bestärken, sie würden mit ihren Mordtaten einen Volkswillen vollstrecken.



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dgp.de 

04.03., 18.03. und 01.04.2022 um 19 Uhr:

Stammtisch der DKP Gießen

05.03.2022 ab 10:30 Uhr:

Infostand am Kugelbrunnen

08.03.2022 um 17:30 Uhr:



17.03.2022 um 19 Uhr:

Mitgliederversammlung DKP GI, Vortragsraum Kongresshalle

16.04.2022:

Ostermarsch in Gießen

18.04.2022:

Ostermarsch in Frankfurt

23.04.2022 ab 11 Uhr:

75-Jahr-Feier der VVN-BdA, Bürgerhaus Wieseck

28.04.2022 ab 19 Uhr:

Vormaifeier in Gießen mit Bernd Blümmel, DKP

Redaktionsschluss für das April-Echo: Mi., 23. März

21. UZ-PRESSEFEST - VOLKSFEST DER DKP
26.-28. August 2022
Revierpark Wischingen, Dortmund

Das UZ-Pressfest - Ein internationalistisches Fest

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** wurde in der Gießener Stadtverordnetenversammlung über einen neuen Schulentwicklungsplan diskutiert. Erstmals sollte es Schulen geben, in denen die Trennung in Gymnasium, Real- und Hauptschule aufgehoben ist. Vor allem die CDU wehrte sich dagegen. Zu viel Bildung für Kinder aus ärmeren Schichten hielt sie für schädlich. Bekanntlich wurden dennoch die ersten Gesamtschulen gegründet. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder gibt es aber immer noch nicht.

Vor **40 Jahren** wollte das damals SPD-regierte Land Hessen den Kommunen Geld zum Bau von Sozialwohnungen zur Verfügung stellen. Bedingung war, dass ein Teil dieser Wohnungen an Studenten vermietet wird. Die in Gießen regierende CDU lehnte das Angebot ab, weil der Bau von Studentenwohnungen Sache des Landes sei.

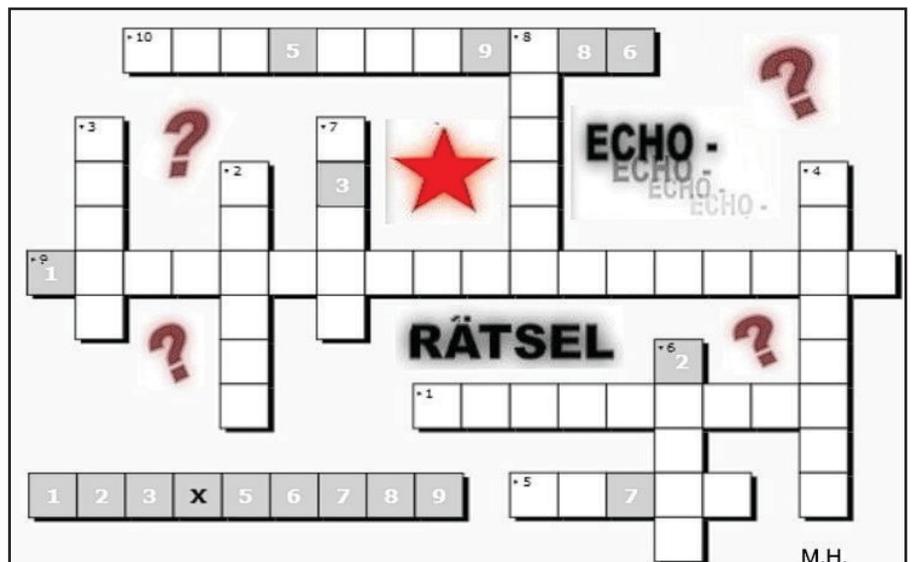
Vor **30 Jahren** war das Ozonloch ein viel diskutiertes Thema. Durch die von Industrie und Konsumenten freigesetzten Fluorchlorkohlen-

wasserstoffe wurde in höheren Luftschichten Ozon abgebaut. Dadurch kam mehr ultraviolette Strahlung an die Erdoberfläche und verursachte Schäden an Flora und Fauna. Das Problem konnte durch Einsatz weniger schädlicher Ersatzstoffe eingedämmt werden.

Vor **20 Jahren** regierte in Gießen eine CDU/FDP/FWG-Koalition. Um den städtischen Haushalt einigermaßen auszugleichen, verkaufte sie den städtischen Anteil an der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Hegemag zum Nachteil der Mieter. Trotzdem wurde noch fleißig gekürzt, z. B. bei der Jugendarbeit.

Vor **10 Jahren** gab es in Gießen ein Aktionsbündnis *Sozialproteste*. Das Bündnis war gegen die Nominierung von Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten. Mit seinen Äußerungen gegen Sozialhilfempfeänger, die Occupy-Bewegung und für die reaktionären Thesen von Thilo Sarrazin zeigte er sich als ungeeignet für dieses Amt. Gewählt wurde er trotzdem.

G.L.



1. Mögliche Folge der geostrategischen Einkreisung Russlands
2. Atomwaffenstandort in Deutschland
3. Wenn die Antwort auf Frage 1 eintrifft, sind Abermillionen davon zu erwarten
4. Die Energiepreise explodieren auch in Gießen. Nicht alle können darauf so reagieren, wie der Rätselersteller, der seinen Stromanschluss demnächst ersatzlos ... wird (Umlaut in der Antwort ausschreiben)
5. Unter steigenden Energiepreisen haben die ... am meisten zu leiden
6. Unter Kriegen werden die ... am meisten zu leiden haben
7. Können am wenigsten für Klimawandel und werden - vorgeblich für dessen Bekämpfung - überproportional belastet: Die ...
8. Sollte sich eine Antwort hier wiederholt haben, könnte ein ... vorliegen
9. Und das ist im Kapitalismus normal. Die Profitlogik, nach der dieses System funktioniert, ist ...
10. Gegen diese Missstände müssen wir hier und jetzt kämpfen, eine Chance darauf, sie auch auf lange Sicht zu beseitigen, bekommen wir aber nur, wenn wir weiter gehen. Der nächste große Schritt zum Fortschritt heißt noch immer ...